

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eberhardt,

sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Fuchs,

Sehr geehrte Anwesende,

„**Teuer, teurer, Südbaden**“, so titelte der Sonntag am 23.11.2025 einen Bericht über die Entwicklung des regionalen Preisindex in Deutschland. Laut einer Untersuchung des Instituts für Wirtschaft, BBSR, wurde aufgezeigt, dass der Landkreis Lörrach bei den Verbraucherpreisen mit 106,3% über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Weiterhin ist der Landkreis Lörrach mit Rheinfelden Zuzugsgebiet. In den vergangenen 10 Jahren hat sich unsere Einwohnerzahl um ca. 2000 auf ca. 35.000 erhöht. Mit der Grenznähe zur Schweiz trägt diese Entwicklung zu dem hohen Preisniveau in Rheinfelden bei. Dies wirkt sich auf den städtischen Haushalt aus, über den die notwendigen Investitionen einer wachsenden Stadt finanziert werden müssen.

Laut Haushaltsplanentwurf werden 2026 die Schlüsselzuweisungen zusammen mit den Steuereinnahmen ca. 88% der gesamten Erträge im städtischen Haushalt ausmachen. Dabei wirkt sich der Bevölkerungszuwachs einerseits positiv auf die Ertragsseite aus.

Andererseits sind die Zuweisungen an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der Steuereinnahmen gekoppelt. Und hier kündigen sich aufgrund weltweiter wirtschaftlich negativer Entwicklungen gerade für Baden-Württemberg als zentraler Industriestandort in Europa sehr schwierige Zeiten an. So muss die Höhe der kalkulierten Ansätze auf der Ertragsseite in den kommenden Jahren mit Vorsicht betrachtet werden.

Für dieses Jahr können erfreulicherweise nochmals Rückzahlungen aus der Gewerbesteuer verbucht werden. Zur längerfristigen Verbesserung der Einnahmen hatte die Haushaltssstrukturkommission bereits im vergangenen Jahr verschiedene Vorschläge zu strukturellen Anpassungen gemacht. Im Hinblick auf Gebühren-

anpassungen für städtische Leistungen war klar, dass diese nicht beliebig hoch gesetzt werden können. Bereits bei den Elternbeiträgen für Krippenplätze hatte sich zeigt, dass einige Eltern hier nicht mehr mithalten können und sich eher entscheiden, ein Angebot nicht zu nutzen. Dies widerspricht unserem Grundsatz, möglichst allen die soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Die Auswirkungen der letztjährigen Erhöhung der Steuersätze bei der Gewerbesteuer und Vergnügungssteuer sind noch offen, geplante Gebührenerhöhungen sind mitberücksichtigt. So können wir laut Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr 2026 bei den Erträgen von einem Anstieg von ca. 4% ausgehen.

Unsere Ausgaben werden 2026 mit 5,2 Mio. über den Einnahmen liegen. Dieses Defizit wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Im kommenden zwei Jahren können wir noch auf unsere Rücklagen zurückgreifen, die in 2029 aufgebraucht sein werden.

Ursächlich für diese Entwicklung stehen die gestiegene Kreisumlage, Lohnkostensteigerungen, wachsende Aufgaben für die Stadt und damit verknüpft, dringend notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur. Erschwerend kommt hinzu, dass sich bei der Verteilung der Kosten zwischen Bund, Länder und Gemeinden trotz des Konnexitätsprinzips (Wer bestellt, der zahlt) diese immer mehr zu Ungunsten der Kommune verschoben haben. Rheinfelden übernimmt so 25% der staatlichen Aufgaben, erhält jedoch lediglich 14% der Einnahmen, was zu dem strukturellen Finanzierungsdefizit führt. Stichworte seien hier die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz, die anstehende Umsetzung eines Ganztagschulangebots, die Schulsozialarbeit.

Die Stadt Rheinfelden steht so vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. So sind für das kommende Jahr für Investitionen 19,67 Mio. Euro eingeplant. Für weitere Investitionen bis 2029 werden insgesamt 50 Mio. benötigt, wobei weitere Projekte gar nicht berücksichtigt werden konnten und weiter auf der Warteliste stehen.

Nach wie vor steht die SPD-Fraktion hinter dem Grundsatz „Bildung für Alle“ und sieht damit die Investitionen in Kitas und Schulen als unumgänglich an. Dies ganz besonders im Hinblick auf den demografischen Wandel, einer sich einer radikal

verändernden Welt, der im Bildungsbereich neue Wege verlangt. So benötigt z. B. ein Ganztagschulangebot adäquate Räumlichkeiten.

Trotz klarer Priorisierung der fröheren und schulischen Bildung, kann die Stadt die dafür erforderlichen Ausgaben aus eigenen Einnahmen zeitnah nicht decken.

Mit dem Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen zeigt sich ein Silberstreif am Horizont. Damit werden uns aus dem Sondervermögen des Bundes Fördermittel in Höhe von 20,3 Mio. in den nächsten 12 Jahren in Aussicht gestellt.

Mit diesem Sondervermögen werden der Stadt notwendige Investitionen in Infrastruktur und Klimaanpassungen deutlich erleichtert. Hierzu könnte gegebenenfalls auch das Bundesprogramm Sanierung Kommunaler Sportstätten beitragen, wenn der notwendige Eigenanteil auch dargestellt werden kann.

Wir sollten uns jetzt aber nicht hinreißen lassen, große Luftschlösser zu bauen, kennen wir doch alle die Zahlen des städtischen Haushalts und der Eigenbetriebe.

Die SPD-Fraktion begrüßt deshalb den Vorschlag der Verwaltung, jetzt keine schnellen Beschlüsse zu fassen und Versprechungen zu machen, sondern sich für eine solide Planungen Zeit zu lassen und Entscheidungen in eine Klausurtagung im Frühsommer zu verlagern.

An dieser Stelle möchten wir an die gesetzlich vorgegebene Verpflichtung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach §8 SGB VIII erinnert. Wir haben mit dem neu gewählten Jugendparlament nun ein Gremium, die in diese Entscheidungen mit eingebunden werden müssen. Ihre Stimmen müssen gehört werden, nicht nur bei der Entscheidung zum Bau einer Skaterbahn, müssen wir uns doch mehrheitlich allein aus Altersgründen eingestehen, dass wir über ihre Bedeutung für die junge Generation nicht mehr unbedingt mitreden können.

In den vergangenen Jahren konnten wir eine Reihe großer Bauprojekte und Sanierungsmaßnahmen umsetzen. (Bibliothek, Rathaus, Campus, Zentrales Feuerwehrgerätehaus, Sanierung Fecamp-Halle, Umbau Bürgerheim) Weitere Investitionen mit Schulhausbau auf dem Campusgelände und in Nollingen sollen folgen, ebenso der Umbau Gallus-Hauses in eine Kita und die Förderung des

Tierheimneubaus. Ebenso muss die energetische Sanierung weiterer städtischer Gebäude und Hallen weitergehen. Der Ausbau des Wärmenetzes muss weiter betrieben werden, versprechen wir uns hier nicht nur langfristig eine Senkung der Nebenkosten, sondern auch den notwendigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung. Ebenso muss die Verkehrsinfrastruktur weiterentwickelt werden.

Die große Lücke in der Gesundheits- und Ärzteversorgung beschäftigt uns seit Jahren. Mit der Schaffung der Stabstelle Gesundheit bei der WST im vergangenen Jahr, aber insbesondere durch die Bereitschaft der Wohnbau in das Projekt MVZ an der Römerstraße miteinzusteigen, besteht nun die Hoffnung, dass in absehbarer Zeit neue Arztpraxen und Beratungsangebote zur Verfügung stehen.

Dies alles hat Auswirkungen auf die Haushaltsplanungen. Transferaufwendungen von 56 Millionen und die Personalkosten in Höhe von 30 Mio. machen rund 75% der Gesamtausgaben aus, wodurch der Spielraum für investive Maßnahmen weiterhin eingeschränkt ist.

Diese Situation erfordert eine kritische Neubewertung aller konsumtiven Ausgaben und eine nachhaltige Planung zur Stabilisierung der Finanzlage. Bei allen angedachten Investitionen müssen seine Folgekosten für die nachfolgenden Haushalte mitgedacht werden. Dies betrifft auch die Bereiche der Freiwilligkeitsleistungen wie für Freizeiteinrichtungen wie Fußballplätze, Sportanlagen oder ein Schwimmbad.

Auch mit den Sonderfördermitteln werden wir unter der realen Situation nicht genug eigene Einnahmen haben um die vielen Aufgaben zu finanzieren. Die Folge ist, dass wir für diese hohen Investitionen in Bildung und Infrastruktur Kredite aufnehmen müssen. Unabhängig von der Genehmigung der Kreditaufnahme durch das RP Freiburg erhöht diese Politik die zukünftige Belastung und gefährdet die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt. Dies müssen wir ehrlicherweise auch den Bürgerinnen und Bürgern so vermitteln, auch wenn wir im Haushaltsplan 2026 noch keine Einschnitte im sozialen Bereich und bei freiwilligen Leistungen vornehmen.

Neben dem Kernhaushalt müssen wir die Haushaltsentwicklung der Eigenbetriebe der Abwasserwirtschaft, der Stadtwerke und des Bürgerheims im Blick behalten.

Der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung und der Bereich Wasserversorgung in den Stadtwerken werden 2026 mit einem positiven Ergebnis abschließen. Zur Sicherung der Infrastruktur werden bei der Wasserversorgung Investitionen in Höhe von ca. 5 Mio. und bei der Abwasserbeseitigung 3,3 Mio. eingeplant. Für das kommende Jahr wird deshalb eine Anpassung des seit langen stabilen Wasserpreises und der Abwassergebühren notwendig.

Mit der Entwicklung des Bereichs Wärmeversorgung können wir nicht zufrieden sein: Auch wenn der Ausbau des Nahwärmennetzes voranschreitet, hinkt die Zahl der aktiven Hausanschlüsse hinter den Erwartungen hinter her. Im Betriebsausschuss wurden die Gründe ausführlich diskutiert und Neustrukturierungen angestoßen, die künftig hoffentlich für eine Trendwende bei den nach wie vor negativen Abschlüssen sorgen. Unsere Fraktion erwartet von der Vergabe der Betriebsleitung, dass diese sich zwischen wirtschaftlicher Eigenverantwortung und der Bindung an kommunale Vorgaben sich bewegen muss, ebenso eine Steuerung, die sowohl wirtschaftliche als auch soziale Ziele berücksichtigt.

Der Neubau des Bürgerheims geht wie geplant voran, der erste Bauabschnitt ist fertiggestellt und bezogen, der 2. Bauabschnitt ist begonnen. Bei Gesamtkosten von knapp 31 Mio. € ist es ein finanzieller Balance-Akt, der auch in den kommenden Jahren die Planung bestimmen wird.

Alle Investitionen der Eigenbetriebe werden fast vollständig über Kredite finanziert. Dies birgt bei steigenden Zinsen Risiken

Der gesamte Gemeinderat ist daher gefordert, durch Kostenkontrolle und zielgerichtete Maßnahmen die finanzielle Grundlage für zukunftsfähige Investitionen zu schaffen und die Stadt handlungsfähig zu halten.

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2026 und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zu.

Im Namen der SPD-Fraktion bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister Eberhardt, bei Frau Bürgermeisterin Fuchs, dem Team der Kämmerei, insbesondere bei Herrn Reiher für die umfassenden Vorbereitungen und umfangreichen Erläuterungen zum Haushaltsentwurf. Bei den MitarbeiterInnen der Verwaltung bedanken wir uns für die Unterstützung im zu Ende gehenden Jahr 2025.

Ein besonderes Dankeschön möchten wir allen Bürgerinnen und Bürgern aussprechen, die sich auch im zu Ende gehenden Jahr ehrenamtlich engagiert haben, die einfach immer da sind, um zu helfen und einzuspringen, wo eine städtische Verwaltung überfordert ist. Sie tragen gerade in schwieriger werdenden Zeiten zum gesellschaftlichen Frieden bei. Dies kann nicht genug gewürdigt werden.